

Stand: 14.02.2026 10:15:08

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/7653

"Zukunft des George C. Marshall Centers sichern - Bayerns Beitrag zur transatlantischen Sicherheit und sicherheitspolitischen Bildung"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/7653 vom 22.07.2025
2. Beschluss des Plenums 19/7759 vom 24.07.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 58 vom 24.07.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel und Fraktion (SPD)**

Zukunft des George C. Marshall Centers sichern – Bayerns Beitrag zur transatlantischen Sicherheit und sicherheitspolitischen Bildung

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die transatlantischen Beziehungen für Deutschland und Bayern von zentraler sicherheits-, außen- und wirtschaftspolitischer Bedeutung sind. Sie haben sich über Jahrzehnte als verlässlich, stabilisierend und bereichernd erwiesen — insbesondere im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Das George C. Marshall European Center for Security Studies in Garmisch-Partenkirchen ist als zentrale Plattform für internationalen sicherheitspolitischen Dialog und Bildung ein herausragendes Symbol dieser Partnerschaft. Vor dem Hintergrund möglicher Kürzungen der US-Finanzierung steht seine Zukunft aktuell zur Disposition.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich zum Erhalt des George C. Marshall European Centers aktiv für eine multilaterale Anschlussfinanzierung unter Beteiligung von NATO, Bund und weiteren Partnerstaaten einzusetzen.

Dazu soll:

- dem Landtag ein Finanzierungskonzept für die Beteiligung des Freistaates Bayern an der Fortführung des George C. Marshall European Center for Security Studies vorgelegt werden,
- die öffentlich zugesagte finanzielle Unterstützung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder in Höhe eines zweistelligen Millionenbetrags haushaltsrechtlich abgesichert werden.

Begründung:

Seit dem Amtsantritt der zweiten Trump-Administration haben sich die Prioritäten der US-Regierung in der internationalen Zusammenarbeit grundlegend verschoben – insbesondere in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Direkt davon betroffen ist das George C. Marshall Center, das einzige bilaterale Regionalzentrum des US-Verteidigungsministeriums weltweit und seit 1993 ein tragender Pfeiler transatlantischer Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen. Die Finanzierung erfolgte bislang durch das US-amerikanische und deutsche Verteidigungsministerium – der Bund stellte allein zwischen 2021 und 2024 jährlich zwischen 3,3 und 4,6 Mio. Euro bereit.

Wie der Münchener Merkur am 2. Juli 2025 berichtete, prüft die US-Regierung unter Präsident Donald Trump einen vollständigen oder teilweisen Rückzug aus der Finan-

zierung. Ministerpräsident Dr. Markus Söder hat daraufhin Gespräche mit NATO-Generalsekretär Mark Rutte geführt und angekündigt, Bayern werde sich mit einem zweistelligen Millionenbetrag beteiligen: „Weil wir alles haben wollen, was der Sicherheit dient.“ (Münchener Merkur, 02.07.2025)

Das Marshall Center bietet universitäre Weiterbildungsprogramme für internationale Sicherheitsexpertinnen und -experten, u. a. das Program on Applied Security Studies (PASS) und das Program on Countering Transnational Organized Crime (CTOC). Es kooperiert mit der Universität der Bundeswehr München, verfügt über ein internationales Netzwerk und leistet einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung demokratischer Strukturen weltweit.

Auch für die Region Garmisch-Partenkirchen ist die Einrichtung bedeutsam – wirtschaftlich, wissenschaftlich und touristisch.

Sein Verlust wäre nicht nur ein herber Rückschlag für die transatlantische Partnerschaft, sondern auch ein schwerwiegender Einschnitt in Bayerns Rolle in der internationalen sicherheitspolitischen Bildungslandschaft. Gerade in geopolitisch unsicheren Zeiten braucht es Institutionen wie das Marshall Center, das Dialogräume schafft, demokratische Strukturen stärkt und internationales Vertrauen fördert.

Der Freistaat muss seine Verantwortung jetzt wahrnehmen und die von Ministerpräsident Dr. Markus Söder angekündigte Unterstützung Beitrag verbindlich machen, um die Zukunft dieser herausragenden Institution zu sichern.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel und Fraktion (SPD)

Drs. 19/7653

**Zukunft des George C. Marshall Centers sichern –
Bayerns Beitrag zur transatlantischen Sicherheit und sicherheitspolitischen
Bildung**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Dr. Gerhard Hopp

Abg. Martin Böhm

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Cemal Bozoğlu

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)
Zukunft des George C. Marshall Centers sichern - Bayerns Beitrag zur transatlantischen Sicherheit und sicherheitspolitischen Bildung (Drs. 19/7653)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Vizepräsidenten Markus Rinderspacher das Wort. Bitte schön.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der wichtigen, kontroversen Debatte zum vorangegangenen Tagesordnungspunkt gibt der Dringlichkeitsantrag der SPD möglicherweise die Gelegenheit, wieder etwas mehr demokratische Gemeinsamkeit im Hohen Hause zu pflegen.

Wir sind sicherlich einer Meinung: Die Welt erlebt gerade politisch herausfordernde Zeiten, geopolitische Spannungen, autoritäre Rückschritte, hybride Bedrohungen und einen bröckelnden Multilateralismus. Gerade in solchen Zeiten braucht es verlässliche Partnerschaften, verlässliche Institutionen, die den Dialog pflegen, die Vertrauen aufbauen und die Sicherheitsarchitektur mitgestalten. Eine solche Institution ist das George C. Marshall European Center For Security Studies in Garmisch-Partenkirchen. Bei ihm handelt es sich um eine internationale Bildungseinrichtung von universitärem Rang. Das Center ist ein Symbol der transatlantischen Zusammenarbeit und wurde 1993 vom amerikanischen Verteidigungsministerium und dem deutschen Bundesministerium der Verteidigung gegründet. Es ist einzigartig, weil es das einzige bilaterale Regionalzentrum des Pentagon weltweit ist. Es ist heute relevanter denn je.

Es ist kein Geheimnis: Seit dem Amtsantritt von Donald Trump steht die internationale sicherheitspolitische Zusammenarbeit auf dem Prüfstand. Auch die Finanzierung des Marshall Centers ist nicht mehr gesichert. Noch gibt es keine offizielle Entscheidung aus Washington; aber es ist klar: Ein Rückzug der USA ist möglich. Ein solcher würde

nicht nur eine finanzielle, sondern auch eine strategische, sicherheitspolitische und diplomatische Lücke reißen.

Wir sind uns sicherlich darin einig, dass auch Bayern ein vitales Interesse daran hat, das Marshall Center zu sichern – zumindest hoffe ich das. Bayern liegt im Herzen Europas und ist als wirtschaftsstarker, technologisch führender und geopolitisch zentraler Freistaat in Europa unmittelbar von den sicherheitspolitischen Entwicklungen auf dem Kontinent betroffen. Stabile transatlantische Partnerschaften und eine funktionierende Sicherheitsarchitektur sind wesentlich, um äußere Bedrohungen frühzeitig abzuwehren. Daher hat Bayern ein fundamentales Interesse daran, aktiv zur europäischen und internationalen Sicherheitskooperation beizutragen und eigene Strukturen zur Resilienz zu stärken.

Wir reden über eine Institution, die jährlich Hunderte Fachkräfte ausbildet, die Sicherheitsexpert:innen aus aller Welt miteinander vernetzt: über 14.000 Teilnehmende aus fast 160 Ländern seit seinem Bestehen. Deshalb begrüßen wir als SPD die Ankündigung des Ministerpräsidenten Söder, dass Bayern bereit sei, sich mit einem zweistelligen Millionenbetrag an einer zukünftigen Finanzierung zu beteiligen. Das ist gut. Es bedarf jetzt weiterer Schritte. Deshalb fordern wir als SPD heute ein klares Bekenntnis unseres Landtags zum Erhalt des Marshall Centers sowie gemeinsame Beratungen – nicht unbedingt nur hier in der Plenarsitzung, sondern auch bei anderen Gelegenheiten –, wie wir weiter verfahren können.

Wir sagen: Der Verlust des Marshall Centers wäre nicht nur für die transatlantische Partnerschaft, sondern auch für Bayerns Rolle in der internationalen sicherheitspolitischen Bildungslandschaft ein herber Rückschlag. Lassen Sie uns heute gemeinsam betonen: Bayern übernimmt nicht nur regional, sondern mit globaler Wirkung für das Marshall Center, für die transatlantische Sicherheit und für ganz Europa Verantwortung. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, vielen Dank. – Der nächste Redner ist der Kollege Dr. Gerhard Hopp für die CSU-Fraktion. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Dr. Gerhard Hopp (CSU): Herr Vizepräsident, Hohes Haus, Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich erst einmal mit den Gemeinsamkeiten und auch mit etwas Grundsätzlichem beginnen. Ich glaube, es ist vollkommen klar, dass die deutsch-amerikanischen Beziehungen so wichtig sind wie wohl selten zuvor in den letzten achtzig Jahren. Wir alle wissen – wir alle erleben es ja jede Woche hier im Hohen Haus –, dass vieles auf dem Prüfstand steht, was über Jahrzehnte für uns selbstverständlich war. Für unsere Sicherheit, ganz klar, aber auch für unsere Wirtschaft bleibt eine stabile transatlantische Brücke von entscheidender Bedeutung. In dieser unsicheren internationalen Situation hilft uns das Vertrauen und die besondere Rolle, die wir als Bayern in den USA haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir pflegen das beispielsweise im Kontakt mit den Parlamenten und mit den Kollegen in den Vereinigten Staaten ganz persönlich. Wir sind nächste Woche, Kollege Rinderspacher, bei einer Konferenz in Boston gemeinsam auch als Vertreter Bayerns vor Ort, um diese Beziehungen zu pflegen. Das ist wichtiger denn je.

Wichtig sind aber auch solche Institutionen wie das George Marshall Center, das Sie angesprochen haben, bei uns in Garmisch-Partenkirchen. Es ist ein echter Leuchtturm. Es ist ein Leuchtturm der Sicherheitspolitik, ein Leuchtturm der Bildung und der Forschung. Es ist einmalig und von herausragender Bedeutung für die Region und ganz Bayern. Das möchte ich heute ganz klar zum Ausdruck bringen. Daher ist die Staatsregierung mit Ministerpräsident Markus Söder und dem Staatskanzleichef Florian Herrmann in den letzten Wochen, Monaten und Jahren stets unterwegs und sofort auch tätig geworden, um das Marshall Center zu erhalten, fortzuentwickeln und diesen Leuchtturm auch in Zukunft in Bayern zu haben. Dieses Bekenntnis möchte ich auch an dieser Stelle zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sie haben es angedeutet: Auf Bundesebene und auch in den Gesprächen mit den Vereinigten Staaten laufen derzeit Verhandlungen, im Übrigen auch darüber, wie sich das Center angesichts der neuen Herausforderungen in der Welt inhaltlich fortentwickelt. Wir sind mitten in Gesprächen, und ich habe mir Ihren Antrag deswegen sehr genau durchgelesen. Mir drängt sich ein Eindruck, aber nicht nur mir, sondern auch anderen, besonders auf: Sie haben es angesprochen – Sie haben es offensichtlich in der Zeitung gelesen –, dass Ministerpräsident Markus Söder alle Hebel zusätzlich in Bewegung setzt. Er setzt alle Hebel in Bewegung, um die Finanzierung des Marshall Centers zu sichern. Er setzt alle Hebel auch deswegen in Bewegung, weil die multilateralen Ansätze für uns ganz wichtig sind; deswegen auch die Gespräche mit NATO-Generalsekretär Mark Rutte, deswegen auch der Versuch, die NATO einzubinden. Das wurde immer flankiert vom klaren Bekenntnis Bayerns zum Marshall Center sowie der eindeutigen Botschaft: Bayern wird sich stets einbringen, um diese wichtige Einrichtung zusichern.

Ein weiterer Punkt. Sie weisen in Ihrem Antrag richtigerweise – und das ist spannend – darauf hin, dass das Marshall Center vom Bundesverteidigungsministerium und von seinem amerikanischen Pendant, dem US-Verteidigungsministerium, finanziert wird. Ich bin aber überrascht, und das möchte ich ansprechen. Anstatt dass Sie das Logische und das Naheliegende tun und uns, den Staatskanzleichef Florian Herrmann und Ministerpräsident Söder, in den laufenden Gesprächen unterstützen bei den sensiblen Gesprächen und den Verhandlungen tun Sie was? Was wäre das?

(Volkmar Halbleib (SPD): Das haben wir doch!)

Initiativen – bei wem? – bei Ihrem Parteikollegen und Verteidigungsminister Boris Pistorius einzufordern. Ich habe während Ihrer Rede darauf gewartet, dass Sie ihn nennen und ansprechen – Sie haben das aber nicht getan –, dass er sich in Washington für das Center einsetzt. Dazu aber kein Wort von Ihnen. Was wäre naheliegend? –

Initiativen bei Ihrem Parteikollegen Bundesfinanzminister Lars Klingbeil zu starten, um für die Finanzierung auf deutscher Seite einzutreten, also im Bund vorzuarbeiten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Arif Taşdelen (SPD): Das sind doch alles Selbstverständlichkeiten!)

Dazu aber kein einziges Wort. Anstatt dessen bringen Sie was? – Einen öffentlichkeitswirksamen Antrag, weil Sie in der Zeitung gelesen haben, dass wir bereits auf allen Ebenen unterwegs sind. Das ist ein öffentlichkeitswirksamer Antrag welchen Inhalts? – Sie fordern ein Finanzierungskonzept auf Landesebene, noch während die Verhandlungen im Bund und international laufen, obwohl Sie es besser wissen müssten.

(Zurufe der Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE) und Volkmar Halbleib (SPD))

Kollege Rinderspacher, ich bin davon überzeugt, Sie wissen es, wie man hier vorgehen muss. Hier muss diplomatisch auf allen Ebenen vorgegangen werden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist eine Sache des Landtags!)

Das tut die Staatsregierung. Der Ministerpräsident hat es klar zum Ausdruck gebracht: Der Freistaat wird sich einbringen. Am Freistaat wird es nicht scheitern, wenn es darum geht, das Institut zu erhalten. Aber Ihr Antrag zum jetzigen Zeitpunkt mitten in den Verhandlungen, mitten in den Gesprächen, ist nicht hilfreich. Er ist ein Stück weit Schaufensterpolitik. Ich würde sogar sagen, er ist kontraproduktiv zum jetzigen Zeitpunkt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Volkmar Halbleib (SPD): Aber es ist auch die Stunde des Landtags!)

Deswegen wäre es hilfreich, nicht jetzt öffentlich Anträge zu schreiben, sondern mit den richtigen Personen zum richtigen Zeitpunkt zu reden und zu handeln. Das sollte doch unsere Devise sein.

Es steht fest: Bayern setzt sich für den Erhalt und die Fortentwicklung des Marshall Centers ein. Es steht fest: Wir tun das Notwendige und das Richtige für diese einmalige Institution, für diesen Leuchtturm. Dieses Bekenntnis habe ich zum Ausdruck gebracht, und dieses Bekenntnis steht. Deswegen lehnen wir Ihren Dringlichkeitsantrag ab.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen schöne Sommerferien.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Dr. Hopp, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu erteile ich dem Kollegen Markus Rinderspacher von der SPD-Fraktion das Wort.

Markus Rinderspacher (SPD): Hochgeschätzter, lieber Kollege Dr. Hopp, gestatten Sie mir zwei Bemerkungen dazu: Erstens. Wenn sich der Ministerpräsident in Pressegesprächen zum Thema äußert, ist es selbstverständlich dem Landtag vorbehalten, auch in der jetzigen Phase ein Bekenntnis, im Zweifelsfall sogar zur Unterstützung der Bemühungen des Ministerpräsidenten abzugeben. Deshalb verstehe ich den Hinweis nicht, dass wir uns heute hier mit diesem Thema besser nicht befassen sollten.

Zweitens. Sie können davon ausgehen, dass wir als SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag selbstverständlich mit dem Bundesverteidigungsminister Pistorius in Kontakt sind, damit die Bundesregierung das Ihre leistet, auch hier ihre Verantwortung zu übernehmen.

Vor diesem Hintergrund freue ich mich trotzdem, dass Sie einige Gemeinsamkeiten betont haben, und möchte deshalb vor der Sommerpause die Gelegenheit nutzen, mich bei Ihnen für den Vorsitz von "Partnership of Parliaments" zu bedanken. Das ist eine Organisation, die sich für die Regionalpolitik, insbesondere im transatlantischen Verhältnis, Jahr für Jahr aufs Neue verdient macht. In diesem gemeinsamen Geiste sollten wir auch beim Marshall Center gemeinsam vorgehen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Bitte schön, Herr Dr. Hopp.

Dr. Gerhard Hopp (CSU): Vielen Dank für dieses klare Bekenntnis und die Rückmeldung zu unserer wichtigen Aufgabe, mit der Partnerschaft der Parlamente die Beziehungen zu pflegen. Die Landesebene der Staaten übernimmt hier eine so wichtige Aufgabe, die wir nicht hoch genug einschätzen können. Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen, die sich hier einbringen.

Ich nehme auch zur Kenntnis und nehme auf, dass Sie uns bei unseren Bemühungen auf allen Ebenen – Bundesebene und NATO – unterstützen und Rückenwind dafür geben, die Verhandlungen zu einem erfolgreichen Ende zu bringen. Ich glaube, ich konnte unterstreichen, dass sich Bayern hier massiv einbringt und ein starkes öffentliches Bekenntnis abgibt. Bayern verhandelt in den derzeit laufenden Gesprächen auf Bundesebene und auf internationaler Ebene gut, und die Sicherung des Marshall Centers steht im Vordergrund. Der Verweis auf die Bemühungen auf Bundesebene haben in Ihrem Antrag eben bezeichnenderweise gefehlt. Deswegen war es vollkommen richtig, darauf hinzuweisen, wo wir in den nächsten Monaten miteinander ansetzen werden und müssen, um das Center zu sichern. Das werden wir gemeinsam bewältigen. Vielen herzlichen Dank für die Diskussion und den Rückenwind!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Martin Böhm für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, Hohes Haus! Es handelt sich um einen typisch dunkelroten Dringlichkeitsantrag, der durch die Kommentare des Kollegen Rinderspacher nicht gewonnen hat. Gerüchte, Spekulationen und Vermutungen reichen bei euch aus, um unseren Staatshaushalt mit verbindlichen Zahlungsverpflichtungen zu belasten. Als Begründung muss der "Merkur" vom 2. Juli herhalten, der die Sorgen um die Zukunft des Marshall Centers in Garmisch artikuliert. Doch ausdrücklich steht dort, die Trump-Administration überdenke die Finanzierung dieser Institution, die von den Verteidigungsministerien der USA und Deutschlands gemeinsam getragen wird.

Zitat aus dem "Merkur":

"Was dies genau bedeutet, ob sich die USA komplett zurückziehen, nur teilweise oder unverändert an Bord bleiben, ist unklar. ‚Alles ist möglich‘, berichtet ein Insider."

Weiter spekuliert der "Merkur" über die Notwendigkeit eines zweistelligen Millionenbeitrags. Was tut der Ministerpräsident? – Er bietet der NATO bayerisches Geld an und öffnet so der SPD die Flanke, dies auch noch als Titel im überstrapazierten Haushalt einzufordern. Was werden die Amerikaner tun, wenn sie hören, dass Markus Söder den Geldbeutel zückt? – Das ist die Einladung, sich aus der Finanzierung zurückzuziehen. Das ist der Weg zur sich selbst erfüllenden Prophezeiung.

Was sind sinnvolle Optionen, sollten sich die Amerikaner tatsächlich vollständig abwenden? – In erster Konsequenz müsste der Bund die Liegenschaft von den USA zurückkaufen. Im zweiten Schritt ist eine Doppelnutzung denkbar. Der eine Pfeiler kann das Weiterführen wichtiger Lehrgänge im Rahmen eines Bundeswehrkompetenzzentrums sein. Besonders bewährte Inhalte wie der Masteraufbaustudiengang für Sicherheitsexperten in Kooperation mit der Universität der Bundeswehr München wären dies auch wert, aber nicht als Bayerns Beitrag zur transatlantischen Sicherheit, wie es der SPD vorschwebt, sondern als Institution der deutschen Landesverteidigung.

(Beifall bei der AfD)

Der Bund stünde folgerichtig in finanzieller Verantwortung. Bayern jedenfalls müsste keinen Cent dazu beitragen.

Der andere Pfeiler soll das Wiederaufstellen der 1. Gebirgsdivision in ihrem alten Hauptquartier sein. Edelweiß und Kaiserjägermarsch haben eine Heimat in Garmisch-Partenkirchen verdient, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der AfD)

An der Stärkung der Bundeswehr wird ohnehin gearbeitet, und der Aufwuchs leichter Kräfte, um die es bei der Gebirgsdivision gehen würde, ist evident für die Landesverteidigung. Dafür sollte sich der Ministerpräsident im Koalitionsausschuss einsetzen. Das stärkt die Region, und das kostet Bayern gar nichts.

Liebe SPD, wenn Ihnen die transatlantischen Beziehungen wirklich am Herzen liegen, dann denken Sie darüber nach, wer diese durch seine reale Politik ständig infrage stellt. Die Demokratiedefizite, die Vice President Vance unserem Land attestiert, sind in erster Linie die Produkte schlechter rot-grüner Politik, einer Politik, die auf Verbote, Gängelungen und Einschränkungen der Meinungsfreiheit setzt, einer Politik, die den NGO-Komplex als Instrument des therapeutischen Staates hier installieren will. Schämen Sie sich dafür, anstatt hier einen sinnbefreiten Antrag zu stellen, den wir selbstverständlich ablehnen werden.

(Beifall bei der AfD – Florian von Brunn (SPD): Gott sei Dank! – Volkmar Halbleib (SPD): Mehr Ignoranz geht nicht!)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. – Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Edelweiß und Kaiserjäger statt transatlantischer Bündnisse. – Also deutlicher kann man die außen- und sicherheitspolitische Ignoranz dieser Fraktion nicht dokumentieren. Herr Böhm, ich danke Ihnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Kein transatlantisches Bündnis, dafür am Busen von Wladimir Putin, Lukaschenko und anderen Diktaturen und Diktatoren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Gott sei Dank wird Deutschland anders regiert!

(Christoph Maier (AfD): Noch!)

Ich danke der SPD-Fraktion für diesen Antrag. Ich halte ihn für gut und richtig, auch wenn – da komme ich jetzt zu dem, was der Kollege Hopp gesagt hat –

(Volkmar Halbleib (SPD): Jetzt sind wir aber neugierig!)

die Conclusio eine falsche ist. Ich möchte ein paar Fakten, die bislang in der Debatte zu kurz gekommen sind, auf den Tisch legen: Wir wollen dieses Marshall Center selbstverständlich erhalten, und zwar als transatlantisches Marshall Center und nicht eingebettet in die NATO. Es soll tatsächlich ein Center sein, das von den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland gemeinsam als Thinktank betrieben wird.

Ich sage ganz deutlich: Die Amerikaner sind diejenigen, denen wir Frieden und Freiheit nach dem Zweiten Weltkrieg und den Wiederaufbau dieses Landes mit zu verdanken haben. Deshalb möchte ich, dass die Amerikaner nach wie vor im Boot bleiben. Bei dieser Debatte würde ich tatsächlich keine Trump-Kritik führen wollen. Diese kann man an anderer Stelle gerne führen. Es ist selbstverständlich legitim, dass sich eine neue Administration Gedanken macht, wie sie ihre Gelder einsetzt. Aber unser gemeinsames Ziel muss sein – Kollege Rinderspacher, da bin ich völlig bei Ihnen –, dass dieses Marshall Center in der jetzigen Form bestehen bleibt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und der SPD)

Der zweite Punkt – jetzt komme ich zum Kollegen Hopp – ist die Finanzierung. Ja, die Finanzierung müssen wir anders denken. Es gibt eine Vereinbarung vom 5. Oktober 2016 zwischen dem Verteidigungsministerium der USA und dem deutschen Verteidigungsministerium, die das genau regelt: Deutschland beteiligt sich mit 25 % der Kosten, die die Amerikaner aufwenden, Obergrenze 5 Millionen Dollar. Damit haben wir jetzt schon auch einmal die Hausnummern so ein bisschen geradegerückt. Wenn 5 Millionen Dollar nach jetziger Lesart die Obergrenze unserer Beteiligung sind, setzt das 20 Millionen Dollar der Amerikaner voraus. Wir reden also von einem Maximalbudget von 25 Millionen Dollar, das momentan bei Weitem nicht ausgeschöpft wird. Wir regen an und fordern den Bundesverteidigungsminister auf, hier nachzuverhandeln. Wir wissen sehr wohl, dass der Verteidigungsminister das Thema auf dem Tisch hat. Es ist also nicht so, dass wir ihn damit völlig unvorbereitet treffen; aber ich würde hier drei Dinge in den Raum stellen wollen:

Erstens. 25 % wovon? – Ich denke, dass wir eine unabhängige Sockelfinanzierung anbieten sollten, wie hoch auch immer die sein mag. Da ist der Bayerische Landtag jetzt vielleicht tatsächlich nicht das richtige Organ, um hier Vorgaben zu machen; aber wir brauchen eine auskömmliche Sockelfinanzierung, die die Sicherheit des Marshall Centers gewährleistet.

Zweitens. Ja, die 25 % kann man schon überdenken. Wenn es eine paritätische, eine partnerschaftliche Zusammenarbeit sein soll, dann kann man schon etwas darüber hinausgehen.

Drittens nenne ich auch die 5 Millionen Dollar. Die stammen aus dem Jahr 2016. Da könnte man über einen Inflationsausgleich nachdenken.

Wir werden den Antrag wertschätzend ablehnen, Kollege Rinderspacher, weil die Zielsetzung die richtige ist, aber, wie gesagt: Der Bayerische Landtag, der den Staatshaushalt zu verantworten hat, ist nicht der richtige Ort dafür, um hier primär in die

Verantwortung zu gehen. – Lieber Herr Staatsminister Herrmann, wenn es zusätzliche Finanzierungsnotwendigkeiten gibt, werden wir uns sicher nicht verschließen. Das kann ich hier auch als Haushaltspolitiker sagen; aber primär liegt der Ball beim Bund.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, für eine Zwischenbemerkung hat der Abgeordnete Martin Böhm von der AfD-Fraktion das Wort.

Martin Böhm (AfD): Lieber Herr Kollege Pohl, Sie sind einer der ganz wenigen in Ihrer Fraktion, die überhaupt gedient haben. Insofern erstaunen mich also – –

(Lebhafter Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN)

– Das freut mich, wenn es mehr sind, sehr schön.

(Dr. Martin Brunnhuber (FREIE WÄHLER): Ja!)

Insofern staune ich über Ihre Ausführungen,

(Michael Hofmann (CSU): Aber erst einmal Fehlinformationen verbreiten!)

weil Sie genau wissen, dass im Marshall Center vordergründig US-Offiziere als sogenannte eurasische Auslandsfachoffiziere ausgebildet worden sind. Das ist also die Hauptaufgabe gewesen. Wenn Sie das für wichtiger halten als die Aufstellung von Jägerverbänden, die unsere Heimat schützen, dann müssen Sie mir das schon noch einmal genauer erklären.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Pohl, bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ich unterstelle Ihnen

(Zuruf – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Unterstellungen!)

den Intellekt, dass Sie meine Ausführungen zu diesem Punkt sehr wohl verstanden haben. Jetzt komme ich zu unserer Fraktion: Selbstverständlich haben bei uns fast alle gedient, bei der Bundeswehr oder im Ersatzdienst.

(Zuruf: Richtig!)

Dass die Frauen --

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der AfD)

– Ja, Herr Kollege Böhm, auch der Ersatzdienst ist ein Dienst am Vaterland,

(Dr. Martin Brunnhuber (FREIE WÄHLER): Richtig!)

auch, wenn Ihnen das vielleicht nicht passt. Dass die Frauen da noch befreit sind, halten wir für einen Fehler. Deswegen stehen wir für ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr für Männer und Frauen und hoffen, dass es dazu bald einen Konsens gibt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie des Abgeordneten Norbert Dünkel (CSU))

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist Herr Kollege Bozoğlu für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Cemal Bozoğlu (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Marshall Center in Garmisch-Partenkirchen ist ein besonderer Ausdruck deutsch-amerikanischer Zusammenarbeit und genau die passende Antwort auf die derzeitige Sicherheitslage in der Welt. Benannt nach dem Schöpfer des Wirtschaftsförderprogramms für den Wiederaufbau Europas nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs und gegründet 1993 vor dem Hintergrund des Zerfalls der Sowjetunion, befasst es sich mit Sicherheitsfragen, die für das US-Verteidigungsministerium wie für das deutsche Verteidigungsministerium als Träger Bedeutung haben.

Die Programme des Marshall Centers qualifizieren Sicherheitskräfte sowie politische Entscheidungsträger aus Nordamerika, Europa, Eurasien und darüber hinaus. Als Aushängeschild gilt der achtwöchige Intensivlehrgang aus dem Programm für Angewandte Sicherheitsstudien "Aufbau von Resilienz zur Stärkung von Abschreckung und Verteidigung in Europa". Ein weiterer der zwölf Lehrgänge fokussiert die effektive Bekämpfung von Terrorismus. Das ist in Zeiten erhöhter Terrorgefahr von höchster Relevanz. Deshalb ist es eigentlich wahnsinnig wichtig, diese Institution beizubehalten. Das Absolventennetzwerk hält den Austausch mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern für Lehrgänge aufrecht, unter anderem durch Gewährung des Zugangs zu Forschungsbibliotheken des Zentrums.

Das circa 35 Personen umfassende Lehrpersonal kommt nicht nur aus den USA und Deutschland, sondern aus insgesamt zehn Partnerländern. Zusammen mit der Universität der Bundeswehr München wird ein Studiengang Master of Arts in International Security Studies angeboten. In der Gemeinde Garmisch-Partenkirchen ist das Zentrum fest verankert.

Institutionen wirken am besten, wenn die Zukunft klar ist und wenn sie sich auf ihre Arbeit konzentrieren können. Dass sich Bayern als renommierter Austragungsort sicherheitspolitischer Debatten zum Marshall Center bekennt, halte ich für selbstverständlich; denn in Zeiten globaler Unsicherheiten braucht es mehr internationale Wissenstransfers und Dialog und nicht weniger.

Das Zentrum stellt eine einzigartige Lern- und Austauschplattform im Bereich Sicherheitsstudien dar. Die Zukunft der Einrichtung muss deshalb unbedingt gesichert werden. Wenn die Trump-Administration die finanzielle Unterstützung des Zentrums tatsächlich verhindert oder einstellt, müssen andere Akteure bereit sein, mit eigenen Mitteln in die Bresche zu springen. Wenn Gräben gegraben werden, müssen wir Brücken bauen. Ich bin überzeugt davon, dass das mögliche Aus des einzigen bilateralen Regionalzentrums des US-Verteidigungsministeriums keine demokratische Fraktion hier im Plenum kaltlässt. Wenn aber im Raum steht, dass etablierte Brücken dieser

besonderen Zusammenarbeit abgebrochen werden, dann müssen wir das selber ausgleichen, damit es weitergeht. Ich begrüße sowohl die Bereitschaft von Ministerpräsident Dr. Markus Söder, in dieser Angelegenheit die Verantwortung zu übernehmen, als auch den Antrag der SPD-Fraktion.

Der Antrag fordert ein Finanzierungskonzept und die haushaltsrechtliche Absicherung von Landesmitteln für eine Beteiligung des Freistaats Bayern am Europäischen Zentrum für Sicherheitsstudien. Die Fraktion der GRÜNEN sieht darin ein konkretes Bekenntnis zur Zukunft des Marshall Centers in Garmisch-Partenkirchen. Wir unterstützen den Antrag und danken für die Einbringung.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/7653 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Die FREIEN WÄHLER, die CSU-Fraktion, die AfD-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.